

Jahresbericht 2011

Die GfbV – Eine Stimme für Minderheiten und indigene Völker



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Editorial	3
Philosophie	4
Kampagnen und Projekte	5
Kommunikation	12
Finanzen	13
Leistungsbericht	13
Bilanz	14
Erfolgsrechnung	15
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	17
Interna	20
Verein	21
Aktiv werden	22
Impressum	23

EDITORIAL

Gemäss UNO sind in den letzten Kriegsmonaten im Jahre 2009 in Sri Lanka die unvorstellbare Zahl von rund 40'000 Frauen, Kinder und Männern getötet worden. Die Regierung sprach von einer Aktion mit humanitärem Charakter und bestritt vehement, dass ihre Truppen Kriegsverbrechen begangen haben. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) kam jedoch seit 2009 in den Besitz von Hunderten von Videos und Fotos, welche schrecklichste Gräueltaten belegten, welche an der flüchtenden Zivilbevölkerung begangen worden sind.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten akkreditierte 2010 einen Ex-Militär als Vizebotschafter der sri-lankischen Regierung. Recherchen bewiesen, dass es sich um einen mutmasslichen Kriegsverbrecher handelt. Menschenrechtsorganisationen wie die GfbV erhoben Vorwürfe gegen ihn, weil er als Generalmajor der sri-lankischen Streitkräfte einer der führenden Befehlshaber an der Front war. Im August reichte die GfbV zusammen mit der Menschenrechtsorganisation TRIAL Strafanzeige gegen den Vizebotschafter ein. Dies zeigte Folgen. Seit Ende September 2011 darf dieser die Schweiz nicht mehr betreten. Und Mitte Dezember gab die sri-lankische Regierung erstmals zu, dass Teile ihrer Truppen Kriegsverbrechen begangen haben. Unsere beharrliche Menschenrechtsarbeit zahlt sich aus.

Auch ganz andere Themen beschäftigten uns 2011 intensiv: Die GfbV protestierte immer wieder gegen die massive Zerstörung des Amazonas. Gemeinsam mit anderen Organisationen luden wir den bekannten Indigenenhäuptling Raoni Metuktire an die UNO in Genf ein und kritisierten die brasilianische Regierung, weil sie wiederholt die Rechte der indigenen Völker missachtete. Im Kosovo unterstützen wir eine hoffnungsvolle Initiative junger Roma, die sich vermehrt Gehör in der kosovarischen Gesellschaft verschaffen wollen. Und im Kongo setzten wir uns mit Nachdruck für die Mitsprache der Waldvölker bei der Waldnutzung ein.

Ein Meilenstein für die GfbV im 2011 war zudem die Bekanntmachung des Archivs zu den Menschenrechtsverletzungen in den beiden Tschetschenienkriegen. Mutige AktivistInnen wie Zainap Gaschajewa dokumentierten jahrelang Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen der russischen Armee. Diese Dokumente werden dazu dienen, diese Verbrechen historisch und vielleicht bald auch juristisch aufzuarbeiten und damit einen Beitrag für einen nachhaltigen Frieden zu leisten.

2011 wird als bewegtes Jahr in die Geschichte eingehen. Mit Protesten im nordafrikanischen und arabischen Raum wurden Diktatoren abgesetzt, die Demokratie proklamiert und Neuwahlen gefordert. Noch nie wurden in so vielen Ländern gleichzeitig die Menschenrechte eingefordert. Diese mutigen Menschen zeigen uns, dass der Wunsch nach Freiheit und Menschenrechten riesige Kräfte auslösen kann und einem Bedürfnis ganz Menschen verschiedenster Religionen, Kulturen und Überzeugungen entspricht. Die Proteste bestärken uns, uns erst recht für jene Gemeinschaften einzusetzen, welche unterdrückt und verfolgt und deren Rechte missachtet werden.

Wir freuen uns, dass sich 2011 unsere finanziellen Sorgen im Rahmen gehalten haben. Dies ist möglich, weil wir über ein motiviertes und kompetentes Team verfügen und weil wir von rund 12'000 treuen Mitgliedern unterstützt werden. Diese Unterstützung ermöglicht unser Engagement. Wir bedanken uns hiermit ganz herzlich bei allen Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern sowie Stiftungen und Institutionen und hoffen, dass sie unser Engagement weiterhin tatkräftig unterstützen – denn nur so kann unsere Menschenrechtsarbeit auch erfolgreich sein.

Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Präsidentin

Christoph Wiedmer, Geschäftsleiter

PHILOSOPHIE

Wir informieren

Wir berichten über bedrohte Völker und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Dabei greifen wir auch Themen auf, die in den Schlagzeilen und auf der politischen Agenda keinen Platz finden. Mit beharrlicher Recherchearbeit beleuchten wir Missstände, welche sonst im Verborgenen bleiben würden.

Wir bewegen

Wir vertreten konsequent die Anliegen von Minderheiten und indigenen Völkern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir fordern mehr Engagement der Schweiz für die Menschenrechte. Mit Aktionen und Kundgebungen verleihen wir unseren Forderungen Nachdruck. Als Organisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (Ecosoc) der Uno und beim Europarat vertreten wir unsere Anliegen auch auf internationaler Ebene.

Wir helfen aktiv ... gemeinsam mit Ihnen

Wir unterstützen nachhaltige Bemühungen zur Stärkung der Rechte von Minderheiten und indigenen Völkern sowie der Förderung der kulturellen Vielfalt. Gemeinsam mit den Betroffenen setzen wir uns für eine Welt ein, in der Menschenrechte mehr sind als nur ein Lippenbekenntnis. Werden auch Sie aktiv! Mit einer Mitgliedschaft bei der Gesellschaft für bedrohte Völker oder einer Spende helfen Sie mit, die Rechte von Minderheiten und indigenen Völkern zu stärken.

Wir verschaffen Gehör

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation. Unabhängig und unparteiisch stehen wir ein für verfolgte Minderheiten und indigene Völker. Wir vertreten die Anliegen von Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern und verleihen denjenigen eine Stimme, die sonst kein Gehör finden.

KAMPAGNEN UND PROJEKTE

Sri Lanka: Kriegsverbrecher müssen strafrechtlich verfolgt werden

Am 20. Mai 2009 erklärte die sri-lankische Regierung den Bürgerkrieg für beendet und die Rebellenorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) als besiegt. Laut UNO-Schätzungen forderte der 27 Jahre dauernde Krieg zwischen 80'000-100'000 Todesopfer. Vor allem in den letzten Monaten der Auseinandersetzung wurden sowohl von der sri-lankischen Armee wie von der LTTE massive Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts begangen.

Menschenrechtsorganisationen wie die GfbV fordern seit längerem eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse in Sri Lanka. Die sri-lankische Regierung weigert sich jedoch bis heute, eine unabhängige internationale Untersuchungskommission ins Land zu lassen.

Im Frühjahr erhielt die GfbV glaubwürdige Informationen, wonach der auch für die Schweiz zuständige stellvertretende sri-lankische Botschafter in Berlin, Jagath Dias, an Kriegsverbrechen in Sri Lanka beteiligt gewesen war. Dias war Generalmajor der sri-lankischen Armee zur Zeit der Schlussoffensive gegen die Rebellengruppe der LTTE Ende 2008 und Anfang 2009, die nach einem UNO-Bericht schätzungsweise 40'000 Zivilpersonen das Leben gekostet hat. In diesem Zusammenhang hatten die Truppen von Jagath Dias insbesondere die Zivilbevölkerung und Krankenhäuser massiv bombardiert.

Gemeinsam mit der Menschenrechtsorganisation TRIAL reichte die GfbV im August bei der Schweizer Bundesanwaltschaft eine Strafanzeige gegen den sri-lankischen Ex-Generalmajor ein. Die Bundesanwaltschaft bestätigte der GfbV in der Folge, dass bei einer Einreise in die Schweiz ein Strafverfahren wegen Kriegsverbrechen gegen Dias eingeleitet würde. Dias wurde kurz darauf von der sri-lankischen Regierung von seinem Diplomatenposten abgezogen und kehrte in seine Heimat zurück.

Im November zeigte die GfbV im Kino Lichtspiel in Bern die preisgekrönte Channel 4-Reportage "Sri Lanka's Killing Fields". Der Film dokumentiert in erschütternden Bildern die Endoffensive der sri-lankischen Regierung gegen die LTTE. Der Anlass war mit über 100 Anwesenden gut besucht. Mit der Teilnahme des sri-lankischen Botschafters aus Berlin, Sarrath Kongahage, und des persönlichen Rechtsberaters des sri-lankischen Präsidenten Mohan Peiris sowie von Nationalrat Josef Lang (Grüne/ZG), Tharsika Pakeerathan (Swiss Council of Eelam Tamils) und Lathan Suntharalingam (Kantonsrat/LU) war das Podium prominent besetzt. Im Anschluss an den Film diskutierten die Anwesenden die Bedeutung und Implikationen der Dokumentation und stellten sich den Fragen aus dem Publikum.

Weiter trug die GfbV im 2011 mit der Bereitstellung einer umfangreichen Sammlung von Videodokumenten und Augenzeugenberichten zur Schaffung eines von der UNO in Auftrag gegebenen Expertenberichts über die Ereignisse der letzten Kriegsmonate bei. Die Verfasser des Berichts kamen aufgrund aller eingegangenen Dokumente ebenfalls zum Schluss, dass es eine unabhängige, internationale Untersuchung der Kriegsverbrechen beider Konfliktparteien brauche. Die GfbV sammelte des Weiteren Foto- und Videodokumente über mögliche Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs in Sri Lanka. Diese Informationen dienten auch als Grundlage zur Erstellung von Dossiers über weitere potentielle Kriegsverbrecher.

KAMPAGNEN UND PROJEKTE

Keine Wegweisung von Asylsuchenden nach Sri Lanka

Per 1. März 2011 hatte das Bundesamt für Migration (BFM) die Wegweisungspraxis in Bezug auf Asylsuchende aus Sri Lanka angepasst und beschlossen, Wegweisungen teilweise wieder zuzulassen. Aus Sicht der GfbV war dieser Entscheid eindeutig verfrüht. Denn die Abwesenheit von bewaffneter Auseinandersetzung bedeutet noch längst keinen Frieden. Die Sicherheit der sri-lankischen Bevölkerung, insbesondere der tamilischen Minderheit, ist nicht gewährleistet. Klare Indizien zeigen auf, dass aus dem Ausland zurückkehrende Tamilinnen und Tamilen von sri-lankischen Behörden unter Generalverdacht gestellt werden, Sympathisanten oder ehemalige Kämpferinnen und Kämpfer der Rebellenorganisation LTTE zu sein. Tamilinnen und Tamilen in der Schweiz befürchten bei der Einreise nach Sri Lanka Einschüchterungen, Verhaftung oder gar Folter.

Die GfbV organisierte deshalb im April auf dem Bundesplatz eine nationale Kundgebung gegen die Wegweisung von sri-lankischen Asylsuchenden, die von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen und politischen Parteien unterstützt wurde. Gegen 1'500 Menschen nahmen an dem Anlass teil. Die GfbV forderte an der Demonstration vom Bundesrat und Parlament die sofortige Rücknahme des Behördenentscheids und lancierte eine gleichlautende Petition an den Bundesrat und das Parlament.

Im Juni wurde die Petition gegen die verfrühten Wegweisungen von Asylsuchenden aus Sri Lanka eingereicht. Die Petition, die von 4'844 Personen unterzeichnet wurde, wurde auch von 20 Nichtregierungsorganisationen und politischen Parteien unterstützt.

An einer von der GfbV organisierten Podiumsdiskussion im Mai diskutierten VertreterInnen der tamilischen Minderheit, des Bundesamtes für Migration und der Politik darüber, ob der Schweizer Wegweisungsentscheid Menschenrechte in Sri Lanka gefährde.

KAMPAGNEN UND PROJEKTE

Tschetschenien/Russland: Aufarbeitung der Geschichte und Bekämpfung der Straflosigkeit

Zwei Kriege haben in Tschetschenien die Bevölkerung traumatisiert und das Land verwüstet. Auch wenn offiziell keine Kriegshandlungen mehr stattfinden, sind gravierende Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Entführungen und extralegale Hinrichtungen durch die russischen und tschetschenischen Sicherheitskräfte auch heute noch stark verbreitet. Die herrschende Straflosigkeit trägt dazu bei, dass die Verbrechen gegen die Bevölkerung weitergeführt werden.

Zusammen mit der international renommierten Menschenrechtsaktivistin Zainap Gaschajewa hat die GfbV in Bern das weltweit umfangreichste Videoarchiv über die Geschehnisse während den Tschetschenienkriegen aufgebaut. Es umfasst rund 400 Videokassetten, die über viele Jahre hinweg in die Schweiz gebracht, hier sicher aufbewahrt, bearbeitet und systematisch analysiert wurden. Neben der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen oder Zeugenaussagen enthält das Archiv einmalige Berichte über historische, soziale und politische Ereignisse.

Das Tschetschenische Menschenrechtsarchiv wurde im Oktober im Rahmen einer internationalen Konferenz in Bern erstmals öffentlich vorgestellt und stiess auf grosses mediales Interesse. An dem von der GfbV organisierten zweitägigen Anlass diskutierten zahlreiche ExpertInnen aus verschiedenen Weltregionen über die Rolle von Archiven bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und bei der Herstellung von Gerechtigkeit. Das Echo der TeilnehmerInnen war äusserst positiv. Es konnten zahlreiche wichtige Kontakte geknüpft und Erfahrungen ausgetauscht werden.

Neben der wichtigen Arbeit am Tschetschenischen Menschenrechtsarchiv - an dem 2011 bei der GfbV drei Personen gearbeitet haben - gab es 2011 weitere GfbV-Aktionen zum Thema Tschetschenien. Im Mai fand in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny ein Promi-Fussballspiel statt, bei dem Fussballstars wie Diego Maradona und Luis Figo gegen eine ausgewählte, tschetschenische Mannschaft antraten, der unter anderem auch der tschetschenische Präsident Ramzan Kadyrow angehörte. Die internationalen Stars hatte der tschetschenische Unternehmer Bulat Tschagaew vermittelt, der Anfang Mai den FC Neuchâtel Xamax gekauft hatte. Die GfbV kritisierte, dass das tschetschenische Kadyrow-Regime, welches für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen berüchtigt ist, mit solchen Aktionen eine Scheinnormalität in der russischen Teilrepublik zu vermitteln versuche.

Im Juni forderten die GfbV und die Menschenrechtsorganisation TRIAL Wladimir Putin anlässlich seines Besuchs in Genf dazu auf, sich endlich gegen die Straflosigkeit in Russland zu engagieren und kritisierten seine Rolle im Zusammenhang mit dem zweiten Tschetschenienkrieg.

Im Juli trafen sich die damalige Bundespräsidentin Calmy-Rey und Bundesrat Schneider-Ammann mit dem russischen Präsidenten Medwedew. Die GfbV forderte die beiden Bundesräte dazu auf, mit ihrem russischen Amtskollegen neben Wirtschaftsfragen auch über die besorgniserregende Menschenrechtssituation in Russland - insbesondere im Nordkaukasus - zu reden.

Im Oktober organisierte die GfbV sodann an der Universität in Neuchâtel eine Podiumsdiskussion, um anlässlich der anhaltenden Medienberichte über den tschetschenischen Xamax-Präsidenten Bulat Tschagaew kritisch über die Situation in Tschetschenien und die anhaltend schlechte Menschenrechtssituation zu diskutieren. Der Anlass war gut besucht - von Studierenden sowie Medienvertretern.

Ebenfalls im Oktober forderten die GfbV und die FriedensFrauen Weltweit anlässlich des 5. Todestags von Anna Politkowskaja von der russischen Regierung endlich eine Aufklärung der Hintergründe des Mordes und ein glaubwürdiges Engagement im Kampf gegen die Straflosigkeit.

KAMPAGNEN UND PROJEKTE

Brasilien: Kein Ressourcenabbau ohne Mitbestimmung der Indigenen

Die indigenen Völker Brasiliens sind akut bedroht. Medien und Nichtregierungsorganisationen berichteten 2011 über alarmierende Pläne der brasilianischen Regierung zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen im Amazonas. Der Bau des drittgrössten Staudamms der Welt, Belo Monte, hat bereits begonnen, und zahlreiche weitere Staudämme sind geplant. Wenn diese erst einmal gebaut sind, folgen Abholzung, Strassenbau, Lizenzen für Miningesellschaften, riesige Rinderfarmen, Sojaplantagen und weitere Zerstörung - selbst in Indigenen-Schutzgebieten.

Die GfbV orientierte 2011 Schweizer und internationale Medien laufend über die Situation vor Ort und machte durch verschiedene Aktionen auf die unhaltbare Situation in Brasilien aufmerksam. Sie schrieb im Mai einen Brief an die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff, in dem sie diese zur Sistierung des umstrittenen Belo Monte-Projekts aufforderte. Im Juni organisierte die GfbV in Bern, Basel und Zürich Podiumsdiskussionen mit Telma Monteiro, einer brasilianischen Politik-Expertin, die auf das Thema wirtschaftliche Entwicklung und Amazonas spezialisiert ist. Sie berichtete über die verheerenden Auswirkungen des Staudamm-Projekts auf die Indigenen und den Regenwald.

Ende August nahm die GfbV am ersten Amazonas-Indigenentreffen in Manaus/Brasilien teil und konnte dort wertvolle Kontakte zu Indigenen-Aktivist*innen knüpfen. Ende September fanden in Genf dank der Unterstützung der GfbV und weiterer Organisationen verschiedene Treffen zwischen Vertretern von brasilianischen indigenen Völkern aus der Amazonas-Region und der UNO statt. Die Delegierten - darunter auch der international bekannte Kayapo-Häuptling Raoni Metuktire - baten die UNO eindringlich um Unterstützung bei der Wahrung ihrer Rechte.

Im Oktober besuchte eine GfbV-Aktivistin verschiedene vom Belo-Monte-Staudamm betroffene indigene Gemeinschaften vor Ort. Die Empörung über das Vorgehen der brasilianischen Regierung und der Bauherrin Norte Energia war gross. Die GfbV orientierte die Indigenenvertreter deshalb über Möglichkeiten, wie sie sich gegen das Staudammprojekt wehren können, insbesondere auf juristischem Weg. Bei dieser Gelegenheit wurde eine gemeinsame Position beschlossen und Kontakte zur brasilianischen Bundesanwaltschaft geschlossen, um die Rechte der indigenen Gemeinschaften beim Staat einzufordern.

Im November reichte die GfbV im Zusammenhang mit der regelmässigen Staaten-Überprüfung beim UNO-Menschenrechtsrat (Universal Periodic Review) einen Bericht zu Brasilien ein, in welchem sie darauf aufmerksam machte, dass Brasilien die Indigenenrechte missachtet. Ebenfalls im November startete die GfbV eine grössere Social Media-Kampagne zu Brasilien, in der Mitglieder der GfbV und Interessierte aufgerufen wurden, eine Protestmail an die brasilianische Präsidentin zu verschicken, in der diese aufgefordert wurde, den geplanten gigantischen Ressourcenabbau im Amazonas zu stoppen, solange die indigenen Völker des Amazonas nicht ihr Einverständnis dazu gegeben haben.

Im Dezember besuchte der brasilianische Indigenenspezialist Jose Carlos Meirelles auf Einladung der GfbV die Schweiz. Meirelles sucht seit 40 Jahren im Auftrag der brasilianischen Indianerbehörde FUNAI im Amazonas-Regenwald nach in freiwilliger Isolation lebenden indianischen Völkern, um sie vor einem Kontakt mit der Aussenwelt zu schützen. An zahlreichen Treffen mit Medienleuten und Organisationen konnten Meirelles und die GfbV darauf aufmerksam machen, dass das Recht der unkontaktierten Völker respektiert werden muss, weiterhin ohne Kontakt in speziell geschützten Zonen leben zu können.

KAMPAGNEN UND PROJEKTE

Ressourcenabbau gefährdet indigene Völker – Hilfe durch FIVE?

Die GfbV machte 2011 mit verschiedenen Aktionen und Projekten auf die oftmals verheerenden Auswirkungen von Ressourcenabbau auf indigene Völker in unterschiedlichen Weltregionen aufmerksam. Das Prinzip des Freien, informierten und vorgängigen Einverständnis (FIVE) ist für die GfbV ein wichtiges Instrument, um ein Mitbestimmungsrecht der Betroffenen einzufordern. Das in der UNO-Erklärung über die Rechte indigener Völker geschützte Prinzip gibt den indigenen Völkern das Recht, bei Grossprojekten, die ihren Lebensraum betreffen, selber bestimmen zu können, ob und unter welchen Bedingungen sie diese akzeptieren.

Für eine Deklarationspflicht für Uranimporte

Da indigene Völker besonders von den desaströsen Auswirkungen des Uranabbaus betroffen sind – ein grosser Teil der Uranreserven befinden sich auf indigenem Land – setzte sich die GfbV für eine Deklarationspflicht für Uran ein, welches in die Schweiz importiert wird. Damit könnte besser nachverfolgt werden, woher das Uran stammt und unter welchen Bedingungen es gefördert wird. Als am 8. Juni im Parlament über eine gleichlautende Motion abgestimmt wurde, verteilte die GfbV in einer symbolischen Aktion auf dem Bundesplatz gelb gefärbten Kuchen („Yellow Cake“, das Ursprungsprodukt beim Uranabbau) an die ParlamentarierInnen, um für ein Ja zur Motion zu werben. Zusammen mit einem Vertreter der Tuareg protestierte die GfbV gegen die skandalösen Verhältnisse beim Uranabbau im Niger. Die Motion wurde leider abgelehnt. Im Dezember hat sich jedoch der neu gewählte Nationalrat doch für einen Herkunftsnachweis beim Uran ausgesprochen: Er stimmte einer Motion der UREK zu, die mehr Transparenz über die Herkunft von Brennstoffen für Schweizer AKW verlangt. Die Motion geht nun an den Ständerat. Stimmt auch er zu, muss der Bundesrat prüfen, wie bei der Einfuhr von Kernmaterial sichergestellt werden kann, dass Auflagen bezüglich Umwelt- und Gesundheitsschutz erfüllt sind.

Glencore und Xstrata: Bergbauprojekte verärgern Indigene

Am 12. Oktober demonstrierte die GfbV zusammen mit anderen NGOs und mit Vertreterinnen von indigenen Gemeinschaften aus Kolumbien, Peru und Argentinien vor den Firmensitzen der beiden Branchenriesen Glencore und Xstrata in Baar respektive Zug. Die beiden Unternehmen werden kritisiert, bei diversen Bergbauprojekten die Rechte der indigenen Bevölkerung – darunter auch des FIVE – missachtet zu haben. In einer symbolischen Aktion übergaben die Organisationen den Rohstoffunternehmen verschmutztes Wasser. Die Verschmutzung von Umwelt, Wasser und Land der indigenen Bevölkerung ist ein grosses Problem, dem die Firmen nur sehr ungenügend Rechnung tragen.

Demokratische Republik Kongo (DRK): Workshops für mehr Mitbestimmung

Das Kongobecken im zentralen Afrika ist die zweitgrösste Regenwaldfläche der Erde. Der Lebensunterhalt der dort ansässigen Bevölkerung – Bantu und indigene Waldvölker (Pygmäen) – hängt fast ausschliesslich von den Ressourcen des Waldes ab. Sie haben jedoch keine formelle Verfügungsgewalt über die traditionell von ihnen bewohnten und genutzten Gebiete. Diese liegt beim Staat, welcher Flächen für eine industrielle Nutzung an Holzfirmen ohne Rücksprache mit der Bevölkerung vergibt und ohne letztere am Profit zu beteiligen. Mit der Unterstützung des Lotteriefonds des Kantons Bern konnte die GfbV 2011 zwei Projekte in der DRK mitfinanzieren. Mit den beiden lokalen Partnern CEDEN (Cercle pour la défense de l'environnement) und RRN (Réseau Ressources Naturelles) lag der Fokus der Projekte auf dem Schutz der Indigenenrechte durch das FIVE-Prinzip. In Workshops und Seminaren wurden VertreterInnen von lokalen, regionalen und nationalen Behörden, NGOs und Betroffene über die Rechte der lokalen Bevölkerung bei Projekten, die ihren Lebensraum betreffen, aufgeklärt und so zu Multiplikatoren ausgebildet. Dies stärkte die Verhandlungsposition der betroffenen Pygmäen und Bantugemeinschaften gegenüber dem Staat und (internationalen) Unternehmen.

KAMPAGNEN UND PROJEKTE

„Recht ohne Grenzen“: Schweizer Konzerne sollen Menschenrechte weltweit einhalten

Anfangs November startete die Kampagne „Recht ohne Grenzen“ (www.rechtohnegrenzen.ch). Diese von rund 50 Organisationen getragene Kampagne wird auch von der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) unterstützt. Die Kampagne verlangt von Bundesrat und Parlament, verbindliche Regeln zu erlassen, die Unternehmen mit Sitz in der Schweiz zur Respektierung von Menschenrechten und Umweltnormen verpflichten.

Der Schweiz kommt eine besondere Verantwortung zu, denn pro Kopf der Bevölkerung zählt sie die höchste Dichte international tätiger Unternehmen. Tiefe Steuern, Stabilität und andere Vorzüge machen unser Land nicht nur für alteingesessene Firmen wie Nestlé, Roche oder Holcim interessant. Auch viele Zuzüger wollen davon profitieren, wie der Bergbaugigant Xstrata, Transocean (die Besitzerin der explodierten BP-Bohrinsel im Golf von Mexiko) oder Trafigura (die vor ein paar Jahren mit Giftmüllexport nach Afrika für Schlagzeilen sorgte). Genf und Zug sind heute globale Zentren im weltweiten Rohstoffhandel.

Die GfbV widmete der Kampagne eine Ausgabe ihrer Zeitschrift Voice und thematisierte dort die vielfach fehlende Verantwortung von Schweizer Unternehmen für die Menschenrechte („Profit auf dem Buckel der Indigenen, Voice 4/2011“).

Freihandelsabkommen Schweiz-China: Abkommen soll Menschenrechte berücksichtigen

Im Januar forderte die GfbV gemeinsam mit den Organisationen Alliance Sud, Erklärung von Bern und der Gesellschaft Schweiz-Tibetische Freundschaft vom zuständigen Bundesrat Schneider-Ammann, dass bei der Verhandlung über das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China die Schweiz abklärt, welche Auswirkungen ein Handelsabkommen auf die Menschenrechte in China haben könnte. Weiter verlangten die vier Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen die Aufnahme von verbindlichen Menschenrechtsklauseln in ein künftiges Handelsabkommen mit China. Dies mit gutem Grund, häufen sich doch die Hinweise, dass Freihandelsabkommen zu Menschenrechtsverletzungen führen können. Menschenrechtsklauseln sind ein wirkungsvolles Instrument, um beispielsweise auch die Rechte von Minderheiten zu stützen. Ende November haben die vier Organisationen sodann eine Studie zu den Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf Menschen- und Minderheitenrechte und zu den Verpflichtungen der Schweiz in entsprechenden Abkommen in Auftrag gegeben. Das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR), welches die Studie durchführte, unterstützte in seinem Bericht die Forderungen der NGOs nach einer Berücksichtigung der Menschenrechte im Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China.

KAMPAGNEN UND PROJEKTE

Kosovo: Partizipation der jungen Roma fördern

Die Roma, Ashkali und die Ägypter (im Folgenden unter dem Begriff Roma zusammengefasst) sind die wohl am stärksten benachteiligte Gruppe im Kosovo. Armut ist weit verbreitet und betrifft diese Minderheiten am meisten. Sie leiden unter Diskriminierungen in fast allen Lebensbereichen. Die Analphabetenrate ist extrem hoch, die Wohnverhältnisse sind prekär und es gibt immer wieder Übergriffe auf Roma. Zudem ist der Zugang zum Sozial- und Gesundheitswesen stark eingeschränkt. Besonders junge Roma leiden unter der Perspektivenlosigkeit. Die älteren Clan-Chefs haben zwar Einsitz in gewisse staatliche Gremien, doch stehen Eigeninteressen oft mehr im Vordergrund als die Interessen ihrer Gemeinschaft.

Die GfbV setzte deshalb im 2011 auf die junge Generation der Roma im Kosovo. Diese soll künftig eine aktive Rolle in der Zivilgesellschaft spielen und ihre Grundrechte gezielt einfordern können. Dazu unterstützte die GfbV den Aufbau eines Netzwerkes für junge Roma. Das Netzwerk Youth for positive Change (YPC) ist ein überregionaler Zusammenschluss von jungen Roma-Vertreterinnen und -Vertretern, welche motiviert sind, Zukunftsperspektiven zu entwickeln und sich für die Verbesserung der Minderheitenrechte im Kosovo zu engagieren. GfbV-Mitarbeitende weilten mehrfach im Kosovo und stärkten das Netzwerk mit gezieltem Capacity Building.

Neben diesem Projekt nahm die GfbV im Juli im Rahmen der Zigeunerkulturtage in Zürich an einem Podiumsgespräch zur Situation der Roma in der Schweiz und in Osteuropa teil. Zudem unterstützte sie im September einen parlamentarischen Vorstoss von Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber, welche die Schweiz zu Massnahmen wegen der Zunahme der Gefährdung von Roma im Kosovo aufforderte.

Bosnien: Leugnung des Völkermordes von Srebrenica wurde verboten

Im April 2010 hatten die GfbV und TRIAL gegen zwei Autoren der Westschweizer Zeitschrift La Nation Strafanzeige wegen Leugnung eines Völkermordes und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereicht. Die beiden Autoren hatten in Artikeln den Völkermord in Srebrenica und die Ermordung von über 8'000 männlichen Muslimen geleugnet, genauso wie die Gräueltaten in den Konzentrationslagern, serbische Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Massenvergewaltigungen durch bosnische Serben und schliesslich die serbischen Granatengriffe auf den Markplatz von Sarajevo. Mitte März 2011 bestätigte der Waadtländer Staatsanwalt, dass die Autoren mit diesen Artikeln die Antirassismustrafnorm verletzt hatten. Dies ist das erste Mal, dass ein Schweizer Gericht eine Leugnung der oben genannten Tatsachen als Verletzung der Antirassismustrafnorm qualifiziert und ist daher als Erfolg der GfbV-Strafklage einzustufen. Bedauerlicherweise wurde das Verfahren gegen die beiden Autoren jedoch eingestellt, da ihnen nach Ansicht des Staatsanwalts keine subjektive rassistische Absicht nachgewiesen werden konnte.

Irak: Späte Folgen der Giftgasangriffe von Saddam Hussein

In Zusammenarbeit mit der Organisation Greencross unterstützte die GfbV auch im 2011 verschiedene Projekte zur Verbesserung der medizinischen und sozialen Infrastruktur in der Region Halabja im kurdisch besiedelten Nordirak. Diese Region leidet immer noch an den Spätfolgen der Giftgasangriffe von 1988 unter dem damaligen Diktator Saddam Hussein. Die lokale Partnerorganisation der GfbV, WADI, konnte durch die bereits jahrelange Erfahrung vor Ort ein Vertrauensverhältnis zur lokalen Bevölkerung aufbauen und dieses während der Unruhen in der Region im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling konstruktiv nutzen. Von WADI organisierte öffentliche Diskussionsrunden wurden von über 700 Personen besucht.

KOMMUNIKATION

Zeitschrift Voice

In der Zeitschrift Voice berichtete die GfbV auch 2011 über aktuelle Menschenrechtsthemen, gab VertreterInnen von indigenen Völkern und Minderheiten aus verschiedenen Weltregionen eine Stimme und informierte über ihre laufenden Kampagnen, Projekte und Aktionen.

Folgende vier Ausgaben wurden 2011 publiziert:

- Voice 1/2011: Uranabbau auf indigenem Land
- Voice 2/2011: Vergangenheitsarbeit
- Voice 3/2011: Jenisches Leben
- Voice 4/2011: Profit auf dem Buckel der Indigenen

Medienarbeit

2011 war bezüglich der geleisteten Medienarbeit ein äusserst aktives Jahr. Über 50 Medienmitteilungen wurden verschickt. Das Medieninteresse an den Aktivitäten der GfbV ist 2011 stark gestiegen. Über das Jahr verteilt konnte die GfbV Hunderte von Nennungen in verschiedenen Schweizer Medien verzeichnen, darunter auch Beiträge in Zeitungen wie der NZZ, dem Tagesanzeiger, dem Bund sowie der NZZ am Sonntag. Auch Radio (z.B. Echo der Zeit, verschiedene Privatradios) und Fernsehen (z.B. Rundschau) berichteten mehrfach über die Aktivitäten der GfbV.

Webseite

Anfangs Jahr konnte nach längerer Vorarbeit die neue Webseite der GfbV online gehen. Die neue Webseite ist klar strukturiert, liefert Hintergrundmaterial über die Kampagnen und Projekte der GfbV sowie über verschiedenen Minderheiten und indigene Völker und bietet SpenderInnen, Mitgliedern und weiteren Interessierten neu die Möglichkeit, online Zahlungen auszulösen oder sich aktiv an Aktionen der GfbV zu beteiligen.

Social Media

Seit 2011 ist die GfbV auf Facebook und Twitter präsent und kann damit Interessierte auch auf diesem Wege für die Anliegen der Organisation ansprechen. Auch wurde ein Youtube-Kanal eingerichtet, auf dem regelmässig kurze Videobeiträge über die GfbV-Aktionen und -Projekte publiziert werden.

FINANZEN

LEISTUNGSBERICHT

Wir können auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die GfbV schloss das Jahr 2011 bei einem Aufwand von CHF 1'738'156.73 und einem Ertrag von CHF 1'797'650.48 mit einem erfreulichen Überschuss von CHF 59'493.75 ab, welches dem Organisationskapital zugeführt wird. Dieses beträgt nun CHF 143'260.24. Die Liquidität war während des gesamten Jahres gewährleistet, ebenso die Verpflichtungen der GfbV aus den zweckgebundenen Fonds.

Die Haupttätigkeit der GfbV besteht aus Informations-, Kampagnen- und Projektarbeit. Die GfbV führt nur ausnahmsweise humanitäre Projekte durch. Für die Durchführung ihrer Arbeit ist die GfbV auf eine genügend grosse Anzahl von Mitgliedern und Spenderinnen und Spendern angewiesen. Im Jahre 2011 hat die GfbV insgesamt CHF 177'511.70 ihres Umsatzes in die Mittelbeschaffung investiert. Die Mitgliederwerbung – eine wichtige Massnahme zur Mittelbeschaffung – dient gleichzeitig der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gemäss Vereinszweck. Neue Mitglieder werden vor allem mit Standaktionen auf der Strasse angeworben. Ende 2011 hatte die GfbV rund 13'000 aktive Mitglieder. Dies entspricht einer leichten Zunahme gegenüber dem Vorjahr.

Der Vorstand traf sich 2011 fünf Mal und leistete insgesamt rund 200 unentgeltliche Stunden für die GfbV. Bei der GfbV arbeiteten 11 festangestellte Personen, eine davon eine Lernende, bis zu drei Personen waren zweckgebunden durch eine Stiftung finanziert. Im Verlaufe des Jahres 2011 haben zudem 9 Praktikantinnen und Praktikanten für die GfbV gearbeitet.

	2011	2010
Personalaufwand in CHF	615'390.47	588'961.31
Stellenprozentage GfbV (Ende Jahr)	920%	770%
Anzahl Angestellte	11	11

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz ist die Schweizer Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker International. Der Vereinszweck der GfbV Schweiz ist in Übereinstimmung mit der Zielsetzung der GfbV International. Im Jahre 2011 bezahlte die GfbV Schweiz einen Mitgliederbeitrag von Euro 10'000.00 an die GfbV International, mit der die Koordination der verschiedenen Sektionen finanziert wird. Weitere Sektionen der GfbV International bestehen in Deutschland, in Österreich, in Südtirol/Italien, in Bosnien Herzegowina und im Nordirak. In verschiedenen weiteren Ländern hat die GfbV Repräsentantinnen.

Die Kampagnen und Projekte wurden im ersten Teil dieses Jahresberichts ausführlich beschrieben. Die Kosten, die in den Kampagnen und Projekten angefallen sind, werden in den Fonds ausgewiesen.

Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle bei allen Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern, bei den Stiftungen und der öffentlichen Hand für die grosszügige Unterstützung. Ohne Sie alle wäre unsere Arbeit nicht möglich – herzlichen Dank! Dem Vorstand, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Praktikantinnen und Praktikanten möchte die GfbV zudem ein herzliches Dankeschön aussprechen für ihren unermüdlichen Einsatz für die Menschenrechte!

BILANZ PER 31. DEZEMBER 2011

Konto	Aktiven	Passiven	Vorjahr
1 Aktiven			
10 Umlaufvermögen			
100 Flüssige Mittel und Wertschriften	260'075.24		97'976.11
110 Forderungen	224'490.61		174'807.91
Total Umlaufvermögen	484'565.85		272'784.02
14 Anlagevermögen	12'500.00		18'549.22
Total Aktiven	497'065.85		291'333.24
2 Passiven			
20 Fremdkapital			
200 Kurzfristiges Fremdkapital		72'942.80	-52'280.19
210 Langfristiges Fremdkapital		71'090.10	0.00
220 Fondskapital		209'772.71	-155'286.56
Total Fremdkapital		353'805.61	-207'566.75
28 Eigenkapital			
280 Kapital und Privat (Organisationskapital)		83'766.49	-119'483.52
290 Reserven, Bilanzgewinn		59'493.75	35'717.03
Total Eigenkapital (neues Organisationskapital)		143'260.24	-83'766.49
Total Passiven		497'065.85	-291'333.24
Bilanz-Summe Soll/Haben	497'065.85	497'065.85	0.00

ERFOLGSRECHNUNG VOM 1. JAN. 2011 BIS 31. DEZ. 2011

Konto	Bezeichnung	Aufwand	Ertrag	Vorjahr
Ertrag				
30	Verkaufsertrag		3393.80	-6968.70
33	Mitgliederbeiträge und Spenden		944'029.99	-926'426.84
34	Fundraisingerträge		285'561.00	-116'573.00
35	Beiträge		564'299.84	-429'042.57
36	übriger Ertrag		362.95	0.00
39	Ertragsminderungen		2.90	0.00
	Total Ertrag		1'797'650.48	-1'479'011.11
Aufwand				
5	Personalaufwand	615'390.47		588'961.31
6 Betriebsaufwand				
600	Raumaufwand	50'090.00		30'248.10
601	Kommunikationsaufwand	137'006.15		185'176.89
602	Versicherungen, Gebühren und Abgaben	437.80		437.80
603	Energie- u. Entsorgungsaufwand	2292.55		1375.50
604	Verwaltungs- und Informatikaufwand	59'627.17		52'113.46
605	Fundraisingaufwand	177'511.70		114'933.74
606	Übriger Betriebsaufwand	-20'653.02		-22'869.31
607	Finanzerfolg	4703.95		3258.23
	Total Aufwand Geschäftsstelle	411'016.30		364'674.41
61	Kampagnen und Projekte (2011)	573'882.58		0.00
62	Projekte und Kampagnen (2010)	0.00		483'452.15
63	GfbV International	13'521.60		0.00
68	Finanzerfolg	12'437.22		0.00
	Total Betriebsaufwand	1'010'857.70		848'126.56

Fortsetzung nächste Seite

7 Betrieblicher Nebenerfolg

70 Ausserordentlicher Erfolg

7000.00	Ausserordentlicher Ertrag	-14'724.55	-501.37
7001.00	Ausserordentlicher Aufwand	72'146.96	43'039.83
70 Ausserordentlicher Erfolg		57'422.41	42'538.46
Total Betrieblicher Nebenerfolg		57'422.41	42'538.46

8 Ausserordentlicher und betriebsfremder Ertrag

800 Ergebnis zweckgebundene Fonds

8000.00	Fondserträge interne zweckgeb. Fonds	0.00	44'839.30
8001.00	Fondszuweisungen zweckgeb. Fonds	-626'793.04	441'042.57
8003.00	Fondsverwendung zweckgeb. Fonds	572'306.89	-450'780.06
800 Ergebnis zweckgebundene Fonds		-54'486.15	35'101.81
Total Ausserordentlicher und betriebsfremder Ertrag		-54'486.15	35'101.81
9 Abschluss (Überschuss/Verlust)		59'493.75	-35'717.03
Erfolgsrechnung-Summe Soll/Haben		1'743'164.33	1'743'164.33

BEMERKUNGEN ZUR ERFOLGSRECHNUNG

1. Allgemeine Rechnungslegungsgrundsätze

Die Bilanz und Jahresrechnung wurden am 28. Februar 2012 vom Treuhandbüro TIS GmbH, Bern, geprüft. Gemäss ihrer Beurteilung vermittelt die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (True & Fair View) in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER (Kern-FER und FER 21), dem schweizerischen Gesetz und den Statuten der GfbV Schweiz. Ferner bestätigt TIS, dass die einschlägigen Bestimmungen der ZEWO eingehalten worden sind. Das ZEWO-Gütesiegel bürgt für einen gewissenhaften und zweckbestimmten Umgang mit Spenden.

Der vollständige Revisionsbericht (Bilanz, Erfolgsrechnung, Fondsrechnung) kann bei der Geschäftsstelle angefordert sowie auf der Webseite der GfbV heruntergeladen werden.

Die GfbV hält sich an das Bruttoprinzip. Dies gilt auch für die Mitgliederwerbung (Standaktionen in der Jahresrechnung). Es werden damit sämtliche Kosten und Einnahmen ausgewiesen.

Bei den Sachkosten der Geschäftsstelle werden keine Umlagerungen auf die übrigen Aufwandkategorien vorgenommen. Diese Kosten werden vollumfänglich dem Aufwand der Geschäftsstelle zugerechnet. Auch bei den Personalkosten werden, abgesehen von denjenigen Personalkosten, welche über Projektgelder finanziert werden, keine Umlagerungen auf die übrigen Aufwandkategorien vorgenommen.

Es erfolgen keine Fondstransfers im Jahr 2011.

2. Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze im Berichtsjahr

Die Nettoerträge der Direct Mails gehen voll umfänglich an die GfbV und müssen nicht in den Fonds als zweckgebundene Spenden ausgewiesen werden. Wegen buchhalterischen Änderungen gab es im Jahr 2011 Verschiebungen einiger Konti.

3. Brandversicherungswerte der Sachanlagen

Mobilien / Einrichtungen:

31.12.2010 50'000.00 sowie 31.12.2011 CHF 100'000.00

Die Abschreibungen berechnen sich auf der Basis von 50%.

4. Entschädigung an leitende Organe

Der Vorstand erhielt weder einen Salär, noch Sitzungsgelder, noch Reisespesen.

5. Freiwilligenarbeit

Der Vorstand traf sich 2011 fünf Mal und leistete insgesamt rund 200 unentgeltliche Stunden für die GfbV. Im Verlaufe des Jahres 2011 haben 9 Praktikantinnen und Praktikanten in der Regel jeweils 6 Monate zu 60% bis 80% für die GfbV gearbeitet. Dies entspricht rund 4000 Stunden Freiwilligenarbeit. Die umfangreiche Arbeit der GfbV kann nicht geleistet werden ohne den wertvollen Einsatz unserer zahlreichen PraktikantInnen. Diese werden lediglich mit einer Spesenentschädigung in der Höhe eines Monats-Generallabonnements entlohnt.

6. Forderungen gegenüber Gemeinwesen

Es bestehen keine Forderungen gegenüber dem Gemeinwesen.

7. Rückstellungen

Die 2. Tranche des Mitgliederbeitrages an die GfbV International in der Höhe von 5000.00 Euro wurde zurückgestellt.

8. Organisationskapital

Das Organisationskapital wurde erarbeitet.

9. Verbindung zu nahe stehenden Personen / Organisationen

Als Sektion der GfbV International bezahlt die GfbV Schweiz einen jährlichen Mitgliedsbeitrag. Im Jahre 2011 betrug dieser Euro 10'000.00. Andere finanzielle Verpflichtungen bestehen nicht, auch nicht für andere GfbV-Sektionen. Gemeinsame Aktivitäten mit anderen Sektionen oder der GfbV International haben Projektcharakter und werden über die Fonds oder unter dem Kampagnenaufwand abgerechnet.

Bemerkungen zu den einzelnen Konti

30 Verkaufsertrag

Da die GfbV seit 2011 keine Kalender mehr verkauft und die Abonnemente der Zeitschrift Voice leicht rückläufig sind, ist auch der Verkaufsertrag im 2011 rückläufig.

33 Mitgliederbeiträge und Spenden

Dank einer tieferen Stornoquote bei den LSV-Mitgliedern und Mehreinnahmen bei den Spenden ist eine leichte Erhöhung der Mitgliederbeiträge und Spenden im 2011 zu verbuchen.

34 Fundraisingerträge

Dank einer verstärkten Investition in das Fundraising über Standaktionen konnten im Jahr 2011 grössere Einnahmen generiert werden.

35 Beiträge

Dank vermehrtem Fundraising bei Stiftungen konnten insgesamt höhere Beiträge als im Vorjahr generiert werden.

5 Personalaufwand

Wegen der Erhöhung der Stellenprozente von Projektmitarbeitenden und der Einstellung von mehr Praktika im 2011 ist der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

600 Raumaufwand

Bedingt durch den Umzug in grössere Büroräumlichkeiten ist der Aufwand für Miete etc. gestiegen.

601 Kommunikationsaufwand

Dank Einsparungen beim Versand der Zeitschrift Voice sowie bei verschiedenen anderen Versänden an die Mitglieder konnte der Aufwand im Vergleich zum Vorjahr verringert werden.

603 Energie und Entsorgungsaufwand

Der Energie- und Entsorgungsaufwand ist aufgrund des Umzugs in neue Büroräumlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

604 Verwaltungs- und Informatikaufwand

Die Erhöhung der Stellenprozente von Projektmitarbeitenden und die Einstellung von mehr Praktika haben zu einem leicht höheren Verwaltungsaufwand geführt.

605 Fundraisingaufwand

Es wurden mehr Investitionen ins Fundraising getätigt als im Vorjahr, insbesondere bei den Standaktionen. Zudem wurde neu ins Telefonmarketing investiert.

606 Übriger Betriebsaufwand

Leichter Rückgang der Overheads (Betriebsentschädigung) aus den Projekten.

607 Finanzerfolg

Mehr Fremdwährungstransaktionen hatten höhere Spesen zur Folge.

61/62 Kampagnen und Projekte bzw. diverser Kampagnenaufwand

Die Ausgaben aller Kampagnen und Projekte 2011 sind mit den Totalen der Konti 62 für das Jahr 2010 zu vergleichen. Der Anstieg bei der Projekt- bzw. Kampagnenarbeit (inkl. fondsfinanzierte Gehälter) ist eine Folge dessen, dass mehr Projekte und Kampagnen als im Vorjahr durchgeführt werden konnten. Die Konto-Gruppe 62 wurde 2011 aufgehoben und in die Kontogruppe 61 „Kampagnen und Projekte“ integriert. Sie erscheint in dieser Jahresrechnung, damit der Vorjahresvergleich möglich ist.

63 GfbV International

Ganzer Mitgliederbeitrag 2011, wovon 50% zurückgestellt worden sind.

68 Finanzerfolg

Abschreibungen von Büroeinrichtungen.

70 Ausserordentlicher Erfolg

Ausserordentlicher Ertrag: Ausbuchungen von Altlasten in der Buchhaltung, welche vor allem Kreditorenkonti betreffen. Ausserordentlicher Aufwand: Diese enthalten die Rechnungen, welche im Jahre 2010 nicht als transitorisch verbucht worden und erst 2011 eingegangen sind. Darunter fällt 2011 auch eine Abschreibung von CHF 30'000.00 gegenüber einer Werbeagentur.

800 Fondsergebnis

Grössere Kampagnen- und Projektaktivitäten bedeuten mehr Umsatz in den Fonds.

INTERNA

Team 2011

Christoph Wiedmer, Geschäftsleiter, Leiter Projekte

Marcel Bärtschi, Leiter Finanzen und Dienste, Mitglied der Geschäftsleitung
Angela Mattli, Leiterin Kampagnen und Projekte, Mitglied der Geschäftsleitung (seit 01.02.)
Franziska Stocker, Leiterin Kommunikation, Mitglied der Geschäftsleitung

Valjentina Ademi, Auszubildende Finanzen und Dienste
Ruslan Bazgiev, Mitarbeiter Kampagnen und Projekte
Christian Bosshard, Mitarbeiter Kommunikation
Shoma Chatterjee Kilchhofer, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte
Zainap Gashaeva, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte (seit 01.03.)
Elizabeth Ndungi Fräfel, Mitarbeiterin Finanzen und Dienste
Eva Schmassmann, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte (seit 01.02.)

Ein besonderes Dankeschön

Die GfbV dankt ganz herzlich den zahlreichen Personen, welche die Arbeit der GfbV im Rahmen eines Praktikums oder als Freiwillige tagtäglich unterstützen. Sie alle erledigen in unzähligen Arbeitsstunden für die GfbV wertvolle Arbeit und prägen die Inhalte der Organisation entscheidend mit. Die Arbeit auf der Geschäftsstelle der GfbV unterstützten 2011 insbesondere Lea Breitner, Flavia Fries, Mirjam Grob, Noemi Grossen, Lea Hürlimann, Selina Krüse, Anna Leissing, Nikolai Räber, Sanna Vögeli und Rahel Zürrer. Herzlichen Dank!

Vorstand 2011

Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Präsidentin (gewählt bis 2013)
Göpf Berweger, Vize-Präsident (gewählt bis 2013)
Sonja Beeli-Zimmermann (gewählt bis 2013)
Remo Gysin (gewählt bis 2012)
Thomas Huonker (gewählt bis 2012)
Josef Lang (gewählt bis 2012)
Paolo Wegmüller (gewählt bis 2012)
Urs Zschokke (gewählt bis 2012)

VEREIN

Die GfbV Schweiz

Der Verein Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz (GfbV Schweiz) mit Sitz in Bern ist Mitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker International. Als deren Mitglied hat sie beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO in Genf und beim Europarat in Strassburg. Die GfbV Schweiz ist institutionell unabhängig, arbeitet aber nach den Grundsätzen der GfbV International.

Name

Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz
Société pour les peuples menacés Suisse
Società per i popoli minacciati Svizzera
Societad per ils pievels periclitads Svizra

Statuten

Verabschiedet an der Mitglieder-Gründungsversammlung vom 20. Mai 1989, zuletzt revidiert an der Mitglieder-Jahresversammlung vom 13. Oktober 2006 in Bern.

Vereinszweck (aus dem Leitbild)

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation, die sich für verfolgte Minderheiten und indigene Völker einsetzt und die kulturelle Vielfalt fördert. Die Arbeit der GfbV ist getragen vom Gedanken, dass die Menschenrechte universal sind. Die GfbV dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit in Menschenrechtsfragen und nimmt die Interessen von Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern wahr. Sie unterstützt nachhaltige lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern. Die GfbV arbeitet national und international mit Organisationen und Personen zusammen, welche ähnliche Zielsetzungen verfolgen.

Organe

a) Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der GfbV Schweiz. Ihr obliegt die Wahl der Mitglieder des Vorstandes und der RevisorInnen. Die Mitglieder genehmigen an der alljährlichen Versammlung Jahresbericht und Jahresrechnung.

b) Vorstand

Der Vorstand ist das leitende Organ der GfbV Schweiz. Er ist für die allgemeine Geschäftsführung und die strategische Ausrichtung verantwortlich. Er genehmigt das jährliche Budget und nimmt Jahresbericht und Jahresrechnung zuhanden der Mitgliederversammlung entgegen.

c) Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle handelt als geschäftsführendes Organ der GfbV Schweiz. Sie steht in regelmässigem Kontakt mit dem Vorstand und den Vereinsmitgliedern.

AKTIV WERDEN

Helfen Sie mit – werden Sie aktiv!

Unser Engagement ist nicht möglich ohne Ihre Unterstützung. Mit Ihrer Mitgliedschaft oder mit Ihrer Spende können wir Minderheiten und indigenen Völkern aus aller Welt eine Stimme geben.

Helfen Sie uns, damit wir

- die Schweizer Öffentlichkeit auf Menschenrechtsverletzungen an Minderheiten und indigenen Völkern aufmerksam machen können.
- Minderheiten und indigenen Völkern, die keine Stimme haben, politisches Gehör verschaffen können.
- die Rechte von Minderheiten und indigenen Völkern verteidigen können.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker ist eine von der ZEWO anerkannte gemeinnützige Organisation. Das ZEWO-Zertifikat garantiert, dass Ihre Spende gewissenhaft und zweckbestimmt eingesetzt wird. Besuchen Sie uns auf unserer Webseite www.gfbv.ch oder auf Facebook [www.gfbv.ch/fb](https://www.facebook.com/gfbv.ch/fb).

IMPRESSUM

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz

Spendenkonto: Berner Kantonalbank (BEKB): IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1

Redaktion: Franziska Stocker, Lea Hürlimann

Layout: Franziska Stocker

Übersetzung: weiss traductions, Zürich

Titelbild: Kayapo-Häuptling Raoni Metuktire (Mitte) mit weiteren brasilianischen Indigenenvertretern bei einem Besuch von verschiedenen UNO-Behördenstellen in Genf. Die GfbV hatte die Treffen organisiert, an welchen die Indigenen die UNO über die Missachtung ihrer Rechte in Brasilien informieren konnten (Foto: GfbV).

Copyright: 2012 Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz

ZEW: Die GfbV trägt das ZEW-Gütesiegel für gemeinnützige Institutionen. Es steht für einen zweckbestimmten und transparenten Umgang mit Spenden.

Geschäftsstelle der GfbV Schweiz

Schermenweg 154

CH-3072 Ostermundigen

Tel.: 031 939 00 00

Fax: 031 939 00 19

info@gfbv.ch

www.gfbv.ch

Facebook: www.gfbv.ch/fb

Eine Stimme für Verfolgte
www.gfbv.ch